



FHP Analysen

Ökosteuern

Mag. Hannes Herglotz, Mag. Corinna Klik
Abteilung für Finanz- und Handelspolitik (FHP)

Jänner 2017

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Finanz- und Handelspolitik (FHP)
Dr. Ralf Kronberger

Autoren:

Mag. Hannes Herglotz, Mag. Corinna Klik

Wiedner Hauptstraße 63, A-1045 Wien

E-Mail: fhp@wko.at

Internet: <http://wko.at/fp>

Alle Angaben erfolgen trotz sorgfältigster Bearbeitung ohne Gewähr.

Eine Haftung der Wirtschaftskammern Österreichs ist ausgeschlossen.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

Zusammenfassung

In regelmäßigen Abständen werden das österreichische System der Ökosteuern und dessen Weiterentwicklung diskutiert, wobei die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion zum Teil von Forderungen nach einer noch restriktiveren nationalen Ökosteuerpolitik geprägt ist, was häufig mit dem ökonomischen Vorteil der „doppelten Dividende“ begründet wird.

In dieser Analyse sollen die volkswirtschaftliche und finanzpolitische Rolle der österreichischen Ökobesteuerung sowohl im nationalen als auch insbesondere im EU-weiten Kontext erläutert werden, wobei auch auf standortpolitische Herausforderungen eingegangen wird. Weiters werden daraus abzuleitende Schlussfolgerungen für die österreichische Ökobesteuerung aufgezeigt.

Die Entwicklung der österreichischen Ökobesteuerung verläuft einerseits als kontinuierlicher und teilweise starker Anstieg und weist andererseits eine im Verhältnis zur Umsatzsteuer- und zur Gesamtabgabenlastentwicklung überproportionale Mehrbelastung im zeitlichen Ablauf aus. So ist die Ökosteuerbelastung seit dem Jahr 1995 von 4,18 Mrd. Euro auf 8,63 Mrd. Euro im Jahr 2014 angewachsen und hat sich somit in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt (+106%). Die Umsatzsteuerbelastung hingegen ist seit dem Jahr 1995 um rund 90% angewachsen, liegt also um 16 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Ökosteuern. Diese Tendenz lässt sich auch in der Relation zur Gesamtabgabenbelastung Österreichs (auf Basis der Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen) feststellen. Weiters wurde seit 1995 der unternehmerische Wirtschaftsbereich überproportional mit dem Ökosteueranstieg belastet (+119,5% im Vergleich zu +95,38% bei privaten Haushalten). Seit 2011 wurden allein im Rahmen der Bundesabgabenlegistik 10 erhebliche Steuerverschärfungen zur Ökologisierung des Steuersystems umgesetzt, etwa in den Bereichen Flugabgabe, Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Normverbrauchsabgabe, Motorbezogene Versicherungssteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Energieabgabenvergütung.

Österreich befindet sich bei der Energieeffizienz und Energieintensität im europäischen Spitzenfeld, was aus der reinen Ökobesteuerungsquote nicht ablesbar ist. Österreich weist mit einer Energieintensität von 106 kg Öläquivalent pro 1.000 Euro (Bruttoinlandsverbrauch an Energie geteilt durch BIP) im Jahr 2014 den sechstbesten Wert innerhalb der EU aus. Dies wird auch anhand der Ökobesteuerung pro Energieeinheit ersichtlich, nach welcher Österreich mit 244,3 Mio. Euro Ökosteuern pro Mio. Tonnen Rohöleinheit im europäischen Vergleich eine Top-Platzierung im ersten Drittel erreicht. Dadurch wird deutlich, dass Österreich verbrauchte Energieeinheiten vergleichsweise hoch besteuert. Weiters ist der Ökosteueranteil Österreichs insbesondere mit Ländern außerhalb der Eurozone nur bedingt vergleichbar. Im direkten Vergleich mit anderen volkswirtschaftlich bedeutenden Eurostaaten wie Deutschland, Frankreich oder Schweden zeigt sich, dass Österreich über einen deutlich höheren Ökosteueranteil verfügt. Anhand einer OECD-Statistik, welche im Vergleich zu den Eurostat-Werten auch sonstige ökologisch relevante Zahlungsströme (zB Lkw-Maut und Vignette, sonstige Gebühren) berücksichtigt, nimmt Österreich im OECD-Ländervergleich die sechsthöchste Besteuerungsquote ein. Daraus lässt sich ableiten, dass Österreich diesen Bereich besonders hoch besteuert.

Im europäischen Vergleich liegt die österreichische Ökobesteuerungsquote (gemessen als Ökosteueranteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben) knapp unter dem Euroraum-Durchschnitt (5,63% Ökosteueranteil in Österreich im Vergleich zu 6,35% durchschnittlicher Ökosteueranteil im Euroraum). Die Aussagekraft dieser Verhältniszahl ist also beschränkt.

Eine 2016 vom Institut für Transportwirtschaft und Logistik der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführte Studie hat in einem Simulationsmodell zu einer Mineralölsteuererhöhung in Österreich aufgezeigt, dass die negativen Begleiteffekte im Extremfall sogar zu einer absoluten Mehrbelastung des Bundesbudgets führen können. Ökosteuern haben das Potenzial, die Standortbedingungen zu verschlechtern.

Schließlich steht auch der propagierte Lenkungseffekt von Ökosteuererhöhungen zur Diskussion. Im Rahmen einer 2008 vom Forschungsinstitut für internationale Besteuerung der Wirtschaftsuniversität Wien und vom Industriewissenschaftlichen Institut Wien durchgeführten Studie wurde nachgewiesen, dass der ökologische Lenkungseffekt aufgrund erhöhter Energie- und Transportsteuern als gering bis sehr gering eingestuft werden kann. Volkswirtschaftlich sind bei gleichzeitiger Anhebung der Ökosteuern und Senkung der Abgabenbelastung von Arbeit tendenziell neutrale bis leicht negative Effekte auf die Wertschöpfung und Beschäftigung feststellbar. Die „doppelte Dividende“ in Form von umweltpolitisch positiven Effekten und Beschäftigungszuwächsen ist anhand der Studienergebnisse stark in Frage zu stellen.

Inhalt

Zusammenfassung	3
Inhalt	5
1. Die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion	6
2. Einteilung der Ökosteuern	7
3. Die Entwicklung der Ökosteuern	8
4. Vergleich und Entwicklung der Energieintensität	13
5. Österreichs Ökosteuern im EU-Vergleich	16
6. Lenkungseffekte erhöhter Energie- und Transportsteuern	21
Literaturverzeichnis	23
Abbildungsverzeichnis.....	24
Tabellenverzeichnis	24

1. Die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion

In der wirtschaftspolitischen Diskussion zum Ausbau des Ökosteuerregimes fällt häufig der Begriff der „doppelten Dividende“. Dabei geht man von der Annahme aus, dass Umweltsteuern eine Lenkungsfunktion haben und die Unternehmen und Konsumenten zu einem Verhalten bewegen, wodurch die Umweltbelastungen reduziert werden (erste Dividende). Zusätzlich sollen die daraus eingenommenen Steuern etwa zur Finanzierung einer Senkung der Lohnsteuer bzw. der Lohnnebenkosten oder Förderprogrammen zur Verringerung des Energieverbrauchs und Treibhausaufkommens genutzt werden, wodurch es zu positiven Beschäftigungswirkungen käme (zweite Dividende).

Das umweltpolitische Ziel von Ökosteuern ist, die ökologische Belastung zu reduzieren. Tritt der Lenkungseffekt erfolgreich ein - werden also die Umweltbelastungen weniger -, dann verringert sich jedoch das Steueraufkommen. Somit besteht zwischen dem Lenkungs- und Finanzierungsaspekt ein inhärenter Konflikt, der zu Budgetausfällen und daraus folgend zu erhöhter Staatsverschuldung oder weiteren Steuererhöhungen mit beschäftigungsdämpfender Wirkung führen kann. Die fiskalpolitische Nachhaltigkeit einer solchen Maßnahme ist daher nicht gegeben.

Eine Umstrukturierung des österreichischen Steuersystems zu einer noch höheren Ökosteuerung wäre nur dann mit einem Steuereinnahmewachstum verbunden, wenn die Preiselastizität niedrig, also Preiserhöhungen zu einer geringeren oder keiner Veränderung des Verbraucherverhaltens führen. Eine Reduktion der Umweltbelastungen würde in diesem Fall jedoch mangels Lenkungseffekten nur unzureichend erfolgen.

Ökosteuern stellen sowohl Kosten für die Wirtschaft als auch für die privaten Haushalte dar. Vor diesem Hintergrund müssen Umweltsteuererhöhungen hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung analysiert werden. Einerseits müssen sie für den Standort verträglich sein, andererseits sollen soziale Härten vermieden werden. Dabei werden oft die bürokratischen Kosten ausgeklammert, die bei der Rückverteilung an die sozial Bedürftigen entstehen. Eine Ökosteuerbelastung, die keinerlei Lenkungseffekt aufgrund zu geringer Elastizität hat, produziert als „Erfolg“ Mehreinnahmen des Staates - reduziert um die Kosten des bürokratischen Apparats. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung werden durch Steuererhöhungen gedämpft.

Neben der nationalen Ökosteuerdiskussion wird auch auf europäischer Ebene kontinuierlich an einem neuen Rahmen für den Klimaschutz gearbeitet. So gab es zuletzt Bestrebungen zur Änderung der Energiebesteuerungs-Richtlinie, welche als zentrales Element die Besteuerung von Energieträgern auf Grundlage ihrer CO₂-Emissionen und ihres Energiegehalts vorsahen. Der Vorschlag zur Änderung der Richtlinie wurde 2015 von der Kommission zurückgenommen, da die Verhandlungen im Rat zu einem Kompromisstext führten, der den Kommissionsvorschlag zu stark „verwässerte“. Zudem fand im Rat selbst der Kompromisstext keine ausreichende Unterstützung. Eine österreichische Diskussion, die sich allein auf nationale Lösungen konzentriert und Belastungsmaßnahmen nicht in ein europäisches Gesamtkonzept einbettet, ist massiv standortgefährdend.

2. Einteilung der Ökosteuern

Ökosteuern lassen sich in vier Kategorien einteilen:

Tabelle 1: Einteilung der Ökosteuern

Energiesteuern	Mineralölsteuer Energieabgabe (Kohleabgabe, Erdgasabgabe, Elektrizitätsabgabe)
Transportsteuern	Motorbezogene Versicherungssteuer Normverbrauchsabgabe Kfz-Zulassungsgebühr Kfz-Steuer Flugabgabe
Umweltverschmutzungssteuern	Altlastenbeitrag Handel mit Emissionszertifikaten
Ressourcensteuern	Grundsteuer Jagd- und Fischereiabgaben Landschaftsschutz-, Naturschutz- und Baumschutzabgabe

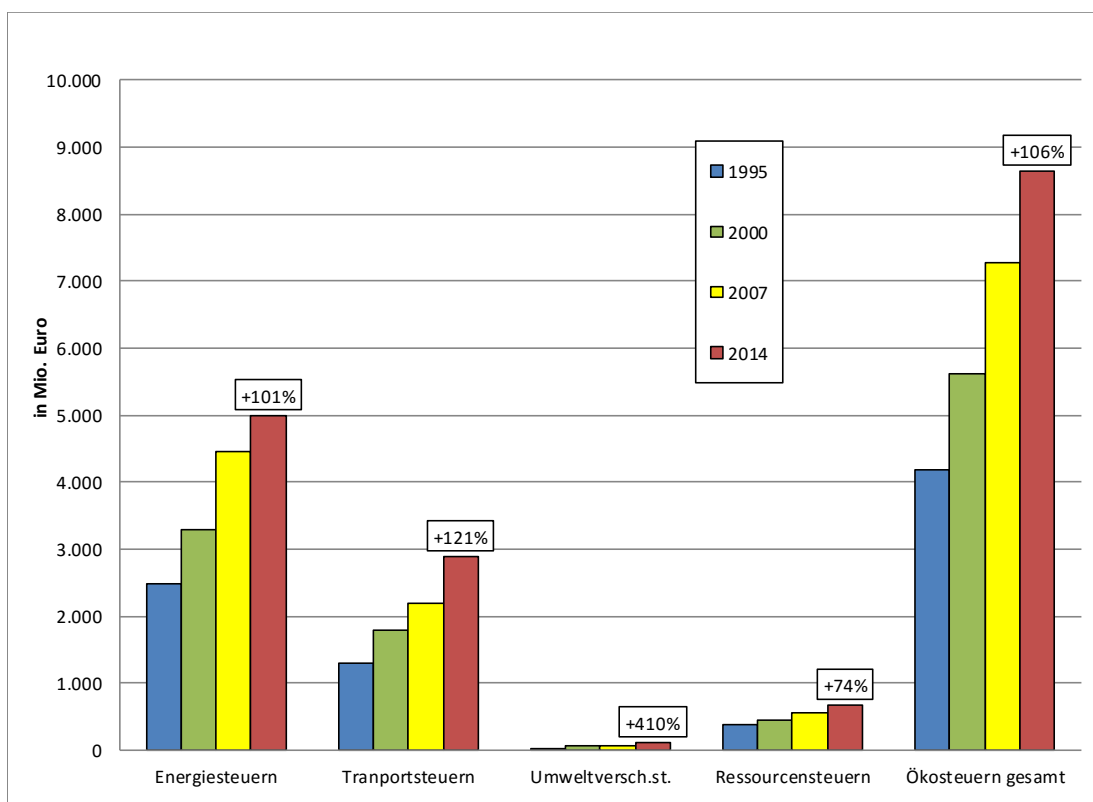
Quelle: STATISTIK AUSTRIA

Neben den „klassischen“ Umweltsteuern gibt es eine Reihe ökologisch relevanter Zahlungsströme, die aber, weil es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung handelt, unter den im engeren Sinne verstandenen Ökosteuern keine Berücksichtigung finden (zB Wassergebühren, Abwassergebühren, Müllgebühren, Lkw-Maut, Vignette, sonstige Straßenbenutzungsgebühren etc.).

3. Die Entwicklung der Ökosteuern

Die Ökosteuerbelastung ist in Österreich seit dem Jahr 1995 kontinuierlich gestiegen und hat sich in absoluten Zahlen seitdem mehr als verdoppelt. Diese Gesamtentwicklung spiegelt sich auch auf Ebene der einzelnen Ökosteuerkategorien wider. So betragen in der aufkommensstärksten Kategorie der Energiesteuern die Steuereinnahmen im Jahr 1995 bereits 2,48 Mrd. Euro, welche bis zum Jahr 2014 auf 4,99 Mrd. Euro angestiegen sind. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 101%. In der aufkommensmäßig zweitstärksten Gruppe der Transportsteuern beträgt der Zuwachs seit 1995 sogar rund 121%.

Abbildung 1: Entwicklung der Energie- und Transportsteuern in den Jahren 1995 - 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA

Die Ökosteuern sind etwa auch im Vergleich zur Umsatzsteuer Österreichs überproportional gestiegen: Während die Umsatzsteuerbelastung seit 1995 um rund 90% angewachsen ist, beträgt die Steigerung bei den Ökosteuern rund 106%, also 16 Prozentpunkte darüber. Diese Tendenz lässt sich auch in der Relation zur Gesamtabgabenbelastung Österreichs (auf Basis der Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen) ausmachen.

Weiters fällt auf, dass seit 1995 der unternehmerische Wirtschaftsbereich überproportional mit dem Ökosteueranstieg belastet wurde (+119,5% im Vergleich zu +95,38% bei privaten Haushalten).

Im zeitlichen Ablauf lassen sich daher einerseits ein kontinuierlicher Anstieg der Ökosteuerung sowie andererseits eine im Verhältnis zur Umsatzsteuer, zu den Gesamtabgaben und für den Unternehmerstand überproportionale Mehrbelastung feststellen.

Abgabenlegistische Entwicklung der letzten Jahre

In der jüngsten Vergangenheit erfolgten Ökosteuererhöhungen bzw. die Implementierung neuer Ökosteuern in den unterschiedlichsten Bereichen.

Tabelle 2: Wesentliche Ökosteuerverschärfungen der letzten Jahre

Steuern bzw. Instrumente	2011	2013	2016
<i>Flugabgabe</i>	-Einführung der Flugabgabe		
<i>EU-Emissionshandel</i>	-Einbeziehung der Luftfahrt in den EU-Emissionshandel		
<i>Umsatzsteuer</i>	-Steuererhöhung im Flugverkehr		
<i>Mineralölsteuer*</i>	-Steuererhöhung bei Diesel und Benzin -Steuerbefreiung für Flüssiggas (Ortslinienverkehr) gestrichen -Steuervergütung für Gasöl (Schienenverkehr) gestrichen		
<i>Normverbrauchsabgabe</i>	-Steuererhöhung für Fahrzeuge mit höherem Emissionsausstoß -Ökologisierung der Steuerbemessungsgrundlage		
<i>Motorbezogene Versicherungssteuer</i>	-Steuererhöhung		
<i>Kraftfahrzeugsteuer</i>	-Steuererhöhung		
<i>Energieabgabenvergütung</i>	-Vergütung für Dienstleistungsbetriebe gestrichen und Einschränkung auf Produktionsprozesse		
<i>Energieeffizienzgesetz</i>	-Energieeffizienzmaßnahmen/Ausgleichszahlungen		

*daneben wurde die Mineralölsteuer bereits im Jahr 2007 erhöht

Quelle: eigene Aufstellung

So gilt in Österreich seit 1. Jänner 2011 die Flugabgabe, welche als ökopolitische Maßnahme zu einer Mehrbelastung des Flugverkehrs führte. Der Flugabgabe unterliegt der Abflug eines Passagiers von österreichischen Flughäfen und beträgt je nach Länge des Fluges 7 bis 35 Euro.

Seit Anfang des Jahres 2012 ist auch die Luftfahrt in der EU in den Emissionshandel einbezogen. Alle Airlines müssen bei Flügen mit Start oder Ziel innerhalb des EWR-Raums für die Flugzeugabgase Emissionszertifikate, also Erlaubnisscheine für die Luftverschmutzung, vorweisen, wobei bis 2016 die Melde- und Abgabeverpflichtungen nur für Emissionen aus Flügen innerhalb des EWR gelten. Weiters wurde mit 1. Jänner 2016 auch die Umsatzsteuer auf die Personenbeförderung mit Luftverkehrsfahrzeugen von 10% auf 13% erhöht.

Im Rahmen der Mineralölsteuer wurde Anfang 2011 in der Konzeption eines CO₂-Zuschlages die Besteuerung bei Diesel um 5 Cent je Liter und bei Benzin um 4 Cent je Liter erhöht. Kurz darauf wurde im Zuge des 1. Stabilitätsgesetzes 2012 die bisher aufrechte Mineralölsteuerbefreiung für Flüssiggas (Ortslinienverkehr) und die Steuervergütung für Gasöl (Schienenverkehr, u.a. auch für Agrardiesel) gestrichen.

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 erfolgte auch eine Anhebung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) für Fahrzeuge mit höherem Schadstoffausstoß: Einerseits wurde der damals bestehende Zuschlag für den CO₂-Ausstoß (CO₂-Malus) erhöht, andererseits eine Senkung der relevanten Schadstoffgrenzen für den CO₂-Malus beschlossen. Mit 1. März 2014 wurde schließlich im Rahmen des Abgabenänderungsgesetzes 2014 das NoVA-Bemessungssystem von Grund auf ökologisiert. Die bisherige Berechnung der Steuer auf Basis des Treibstoffverbrauchs wurde durch eine neue Bemessung über den CO₂-Ausstoß des Fahrzeuges ersetzt. Ab 90

Gramm CO₂-Ausstoß je Kilometer steigt der Steuersatz progressiv im Verhältnis zum CO₂-Ausstoß an, sodass Fahrzeuge mit einem hohen CO₂-Ausstoß eine höhere Steuerbelastung zu tragen haben.

Die Beträge der motorbezogenen Versicherungssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer für Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen wurden mit 1. März 2014 wesentlich erhöht und darüber hinaus in Abhängigkeit der Motorleistung progressiv gestaltet. Ziel der progressiven Tarifgestaltung war es, leistungsschwächere Kraftfahrzeuge weniger stark von der Steuererhöhung zu erfassen und einen Lenkungseffekt hin zu leistungsschwächeren und somit in der Regel verbrauchsärmeren Kraftfahrzeugen zu erreichen.

Weiters wurde mit 2011 die Möglichkeit zur Energieabgabenrückvergütung für Dienstleistungsbetriebe abgeschafft und auf reine Produktionsprozesse eingeschränkt.

Schließlich ist im Jahr 2015 das Bundes-Energieeffizienzgesetz in Kraft getreten, welches Energielieferanten verpflichtet, bei sich selbst, ihren eigenen Endkunden oder anderen Endenergieverbrauchern bestimmte Energieeffizienzmaßnahmen nachzuweisen. Sofern die betroffenen Energielieferanten die geforderten Energieeffizienzmaßnahmen nicht nachweisen können, müssen sie Ausgleichszahlungen an den Bund leisten.

In Summe war daher in den vergangenen Jahren eine erhebliche Verschärfung der Ökosteu-erlogistik zu verzeichnen, wobei darüber hinaus auch noch die Verschärfungen im Zusammenhang mit den sonstigen ökologisch relevanten Zahlungsströmen zu beachten sind (zB Ökologisierung des Lkw-Mautsystems ab dem Jahr 2017).

Aktuelle Statistik des Steueraufkommens

Die zuletzt veröffentlichte Ökosteu-Auswertung der Statistik Austria (Umweltgesamtrechnungen, Modul Öko-Steuern 2014) gibt einen Einblick in die kurzfristige Entwicklung der österreichischen Ökosteuern:

Tabelle 3: Entwicklung der Ökosteuern in den Jahren 2005 - 2014

Steuereingänge Ökosteuern	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Energiesteuern	4.350	4.221	4.453	4.603	4.456	4.580	5.004	5.012	5.051	4.985
Transportsteuern	2.156	2.214	2.201	2.233	2.254	2.265	2.437	2.562	2.559	2.875
Umweltverschmutzungssteuern	46	72	72	64	62	56	56	71	109	107
Ressourcensteuern	535	536	549	574	590	603	615	635	653	664
Ökosteuern gesamt	7.087	7.043	7.275	7.474	7.362	7.504	8.112	8.280	8.372	8.631
Anteile der Ökosteuern in %	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Energiesteuern	61,38%	59,93%	61,21%	61,59%	60,53%	61,03%	61,69%	60,53%	60,33%	57,76%
Transportsteuern	30,42%	31,44%	30,25%	29,88%	30,62%	30,18%	30,04%	30,94%	30,57%	33,31%
Umweltverschmutzungssteuern	0,65%	1,02%	0,99%	0,86%	0,84%	0,75%	0,69%	0,86%	1,30%	1,24%
Ressourcensteuern	7,55%	7,61%	7,55%	7,68%	8,01%	8,04%	7,58%	7,67%	7,80%	7,69%
Ökosteuern gesamt	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA

Die Einnahmen aus Ökosteuern im Jahr 2014 betragen 8.631 Mio. Euro und waren um 3,1% höher als 2013. Das Aufkommen der Ökosteuern ist seit 2005 um 21,8% gestiegen.

Die Energiesteuern, darunter fallen die Mineralölsteuer und die Energieabgaben (Kohleabgabe, Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe), machen mit 57,8% nach wie vor den größten Teil der Ökosteuern aus. Innerhalb der Energiesteuern brachte die Mineralölsteuer mit 4.135 Mio. Euro die höchsten Einnahmen (83,0% der Energiesteuern). Die im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Einnahmen (-0,9%) resultieren vorwiegend daraus, dass 2014 der energetische Endverbrauch von Benzin um -2,4% und jener von Diesel um -1,6% zurückgegangen ist. Dies ist sowohl auf eine geringere Kilometerleistung als auch auf einen geringeren Treibstoffverbrauch pro 100 Kilometer zurückzuführen. Die Energieabgabe verzeichnete einen Rückgang von -4%. Dieser ergab sich vor allem aufgrund eines Rückgangs des Energieverbrauchs der Haushalte, welcher durch die im Vergleich zu 2013 deutlich gestiegenen Außentemperaturen in der kalten Jahreszeit bedingt war.

An zweiter Stelle des Steueraufkommens liegen die Transportsteuern mit 2.875 Mio. Euro (+12,4% gegenüber dem Vorjahr), was einem Anteil von 33,3% der gesamten Ökosteuern entspricht. Mit 74,0% nimmt die motorbezogene Versicherungssteuer den ersten Platz innerhalb der Transportsteuern ein, gefolgt von der Normverbrauchsabgabe mit 14,8%. Der Anteil der Kfz-Zulassungsgebühr beträgt 6%, jener der Kfz-Steuer 1,8%. Der 19,3%-ige Anstieg der motorbezogenen Versicherungssteuer resultiert aus der 2014 erfolgten Steuererhöhung. Daneben stieg auch der Kraftfahrzeugbestand 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,4% an. Die Normverbrauchsabgabe verzeichnete 2014 einen Rückgang von 6,9%, was insbesondere auf die schon seit Jahren rückläufigen Zahlen bei den Kfz-Neuzulassungen zurückzuführen ist. Weiters ist auch ein Trend zum Rückgang des durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes bei Neuzulassungen zu verzeichnen, welcher sich ebenfalls dämpfend auf die Steuereinnahmen auswirkt. Auch die Kfz-Zulassungsgebühr ging gegenüber dem Vorjahr um 1,0% zurück, wohingegen die Kraftfahrzeugsteuer 2014 um 7,1% anstieg. Den Energiesteuern und Transportsteuern kommt nach wie vor die größte Bedeutung innerhalb der Ökosteuern zu - zusammen machen diese 91,1% des gesamten Ökosteueraufkommens in Österreich aus.

Die Ressourcensteuern auf Platz 3 bestehen zum größten Teil aus der Grundabgabe B (Versiegelung von Boden durch Verbauung von Grundstücken). Die Umweltverschmutzungssteuern machen nur einen kleinen Teil des gesamten Ökosteueraufkommens aus und sind somit in der Gesamtbetrachtung des österreichischen Steueraufkommens von eher geringer Bedeutung.

Dass der langfristig kontinuierliche Anstieg der Ökobesteuerung vor allem durch Steuererhöhungen verursacht ist, lässt sich etwa auch anhand der Entwicklung der Energiesteuersätze veranschaulichen. So stieg beispielsweise die Elektrizitätsabgabe pro kWh seit dem Jahr 1999 um mehr als das Doppelte (+105%) an.

Tabelle 4: Entwicklung der Energiesteuersätze in Österreich

Energieträger	Mengen- einheit	1999	2005	2016	Steigerung zwischen 1999 und 2005 in %	Steigerung zwischen 1999 und 2016 in %
Elektrizität	kWh	0,0073	0,015	0,015	105	105
Erdgas (Heizstoff)	m ³	0,0436	0,066	0,066	51	51
Kohle	kg	keine	0,05	0,05	seit 2003 NEU	
Flüssiggas zum Verheizen	kg	0,043	0,043	0,043	seit 1999 unverändert	
Benzin bleifrei	l	0,407	0,432	0,482	6	18
Diesel	l	0,282	0,297	0,397	5	41
Heizöl	kg	0,036	0,06	0,06	67	67
Flüssiggas als Treibstoff	kg	0,261	0,261	0,261	seit 1999 unverändert	

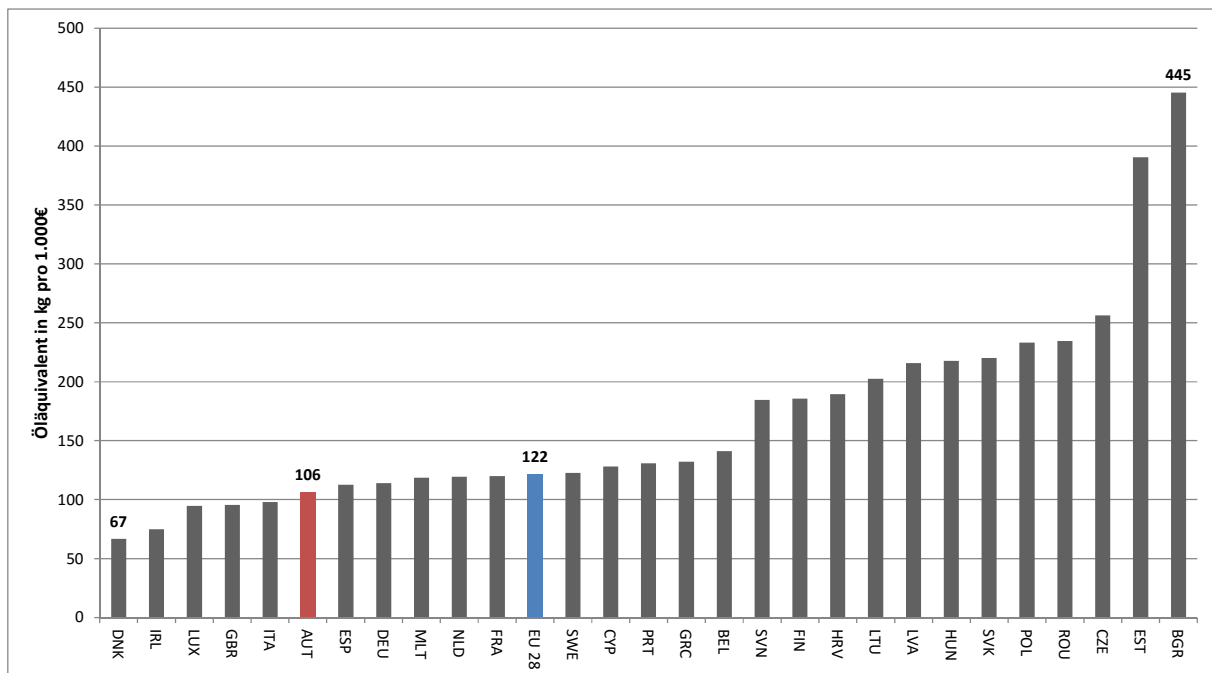
Quelle: eigene Berechnungen

4. Vergleich und Entwicklung der Energieintensität

Ein Ansatzpunkt für die Politik, um zu erkennen, ob Ökosteuern, Gebote, Verbote und Emissionshandel Lenkungseffekte beim Verbrauch von Energieträgern haben könnten, ist die Energieeffizienz. Die Energieeffizienz ist ein Maß für den Energieaufwand zur Erreichung eines festgelegten Nutzens. Ein Vorgang ist dann effizient, wenn ein bestimmter Nutzen mit minimalem Energieaufwand erreicht wird. Je geringer die Energieeffizienz einer Volkswirtschaft ist, desto eher erreichen Lenkungseffekte (Reduzierung des Energieverbrauchs) ihr Ziel, weil noch ein höheres Aufholpotenzial vorhanden ist. Aus der österreichischen Umweltgesamtrechnung lässt sich eine Steigerung der Energieeffizienz ablesen: So ist in Österreich im Zeitraum zwischen 1995 und 2013 der Produktionswert um rund 58% gestiegen, wohingegen der Energieeinsatz nur um rund 21% angewachsen ist.

Eine weitere Kennzahl, welche Rückschlüsse auf die Energieeffizienz zulässt, ist die Energieintensität. Diese misst den Energieverbrauch einer Volkswirtschaft in Bezug zum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt und wird wie folgt berechnet: $\text{Energieintensität} = \text{Energieeinsatz} / \text{Bruttoinlandsprodukt}$.

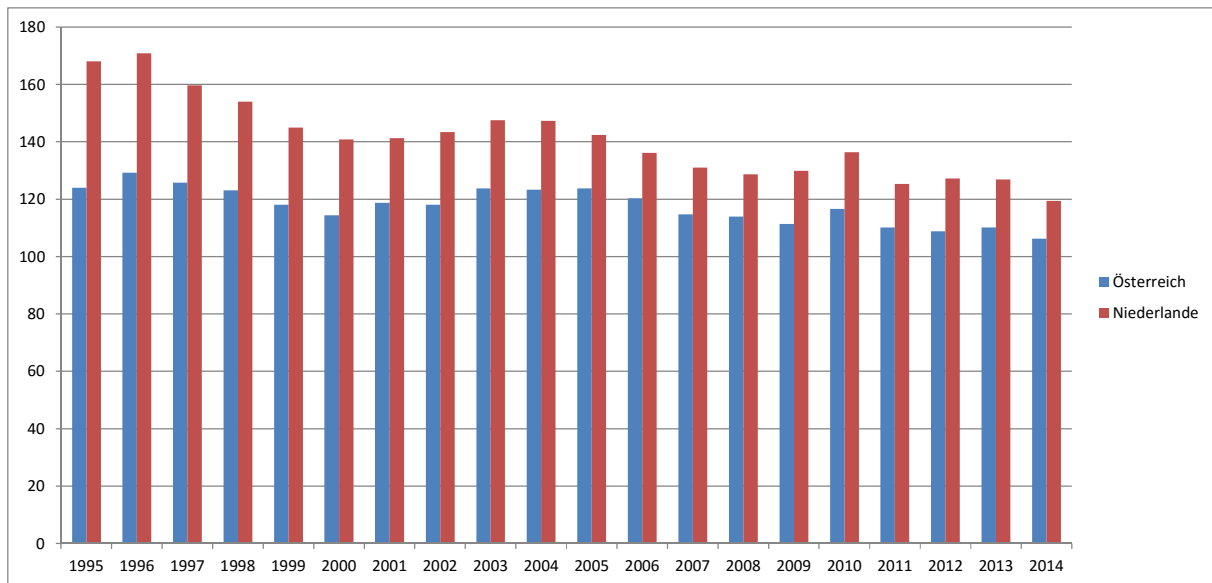
Abbildung 2: Energieintensität der Wirtschaft in der EU 2014 (Bruttoinlandsverbrauch an Energie geteilt durch BIP)



Quelle: Eurostat

Die Energieintensität der österreichischen Wirtschaft ist im EU-Durchschnitt sehr gering (siehe Abbildung 2). Bei der Energieintensität der Wirtschaft nimmt Österreich trotz seiner überdurchschnittlich hohen Industriewertschöpfung von 21,9% (Anteil der Industrie an der Gesamtwertschöpfung) daher einen Spitzenrang ein. Die Möglichkeit der Besteuerung bzw. der Reduzierung des Energieeinsatzes ist damit beschränkt.

Abbildung 3: Energieintensität der Wirtschaft in Österreich und den Niederlanden (Bruttoinlandsverbrauch an Energie geteilt durch BIP)



Quelle: Eurostat

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Energieintensität der Wirtschaft Österreichs und der Niederlande. Sowohl die Niederlande als auch Österreich verzeichneten im Zeitablauf eine Tendenz der Abnahme der Energieintensität. Die Schwankungen dürften eher dem europäischen Konjunkturverlauf folgen als nationalen Einflussgrößen. Dies ist aus dem synchronen Verlauf zwischen Österreich und den Niederlanden herauszulesen.

Die Niederlande wurden deshalb als Vergleichsland gewählt, weil sie mitunter als Vorbild für den hohen Anteil an Ökosteuern am Gesamtsteueraufkommen genannt werden.

Tabelle 5 vergleicht den Anteil der Ökosteuern gemessen an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben beider Länder. Dieser war in den Niederlanden im Jahr 2010 um 4,1 Prozentpunkte (bzw. 71%) höher als in Österreich, verkürzt sich jedoch 2014 auf 3,3 Prozentpunkte (bzw. 59%).

Tabelle 5: Anteil der Ökosteuern in den Niederlanden und Österreich in % gemessen an den Gesamteinnahmen inklusive Sozialabgaben

	2010	2011	2012	2013	2014
Anteil der Ökosteuern in % der Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben					
Niederlande	9,79	9,64	9,12	9,04	8,96
Österreich	5,72	5,91	5,78	5,63	5,63

Quelle: Eurostat

Tabelle 6 vergleicht den Anteil der Ökosteuern pro verbrauchter Energieeinheit. Dieser war in den Niederlanden im Jahr 2010 um 29% höher als in Österreich. Auch dieser Abstand verkürzt sich 2014 auf 19%.

Tabelle 6: Ökosteuern in den Niederlanden und Österreich in Mio. Euro pro Energieeinheit (Mio. Tonnen Rohöleinheit)

	2010	2011	2012	2013	2014
	Ökosteuern pro verbrauchter Energieeinheit (in Mio. Euro pro Mio. Tonnen Rohöleinheit)				
Niederlande	259,12	276,42	262,20	268,13	289,91
Österreich	201,50	225,47	230,83	229,61	244,28

Quelle: Eurostat

Folgende Schlüsse können gezogen werden: Das vermeintliche Vorbild Niederlande hat zwar einen höheren Ökosteueranteil als Österreich. Dies muss jedoch insofern relativiert werden, als die Niederlande eine deutlich höhere Energieintensität im Vergleich zu Österreich (diese liegt 2014 um 12,4% über dem Wert Österreichs) haben. Dieser Effekt lässt sich insbesondere durch die Ökosteuerquote pro verbrauchter Energieeinheit (Tabelle 6) veranschaulichen, in welcher sich der Abstand Österreichs zu den Niederlanden deutlich verringert.

Dasselbe Phänomen zeigt sich etwa auch im Vergleich mit Schweden: Österreich liegt 2014 mit einem Ökosteueranteil von 5,63% ca. einen halben Prozentpunkt über dem Ökosteueranteil von Schweden (5,18%). Dieser Vorsprung vergrößert sich jedoch nochmals bei der Betrachtung der Ökobesteuerung pro Energieeinheit: Hier liegt der Wert Österreichs (244,28 Mio. Euro pro Mio. Tonnen Rohöleinheit) nämlich um 23,49% über dem Wert von Schweden (197,82 Mio. Euro pro Mio. Tonnen Rohöleinheit). Nennenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass Schweden 40% der Elektrizität in Atomkraftwerken generiert, während Österreich auf Atomkraft gänzlich verzichtet. CO₂-Steuern können grundsätzlich auch als ein Instrument einer Atomstrompolitik interpretiert werden, weil AKW-Strom als CO₂-frei gilt.

Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass Österreich bereits über eine im europäischen Vergleich hervorragende Energieintensität verfügt, welche konsequenterweise auch zu einer relativ gesehen geringeren Ökobesteuerung des österreichischen Energieeinsatzes führt. Die Diskussion über den Ökosteueranteil Österreichs muss unter Berücksichtigung der zweifellos hervorragenden Energieintensität Österreichs geführt werden.

5. Österreichs Ökosteuern im EU-Vergleich

Das Ökosteuerungsregime der EU ist durch die Energiesteuerrichtlinie bestimmt. Darin wurden verpflichtende Mindeststeuersätze vereinbart. Die Zielsetzung der Richtlinie ist, den Steuerwettbewerb nach unten einzuschränken, die Chancengleichheit zu wahren und gleichzeitig den Klimaschutz und „saubere“ Energieformen zu fördern.

Tabelle 7 zeigt den Abstand der europäischen Mindestenergiesteuersätze nach der EU-Richtlinie zu den national gewählten Steuersätzen.

Tabelle 7: Unterschiede zwischen EU-Mindeststeuersätzen und den österreichischen Steuersätzen im Jahr 2016

Energieträger	ME*	Steuer-satz in Ös-terreich in €/ME* 2016	EU-Mindest-steuersatz für Unternehmen in €/ME* seit 2004	EU Mindeststeu-ersatz für Private Haushalte in €/ME* seit 2004	Unterschied zwi-schen EU-Mindeststeuer und Steuer in Ös-terreich 2016 in %
Elektrizität	kWh	0,015	0,0005	0,001	1.400
Erdgas (Heiz-stoff)	m ³	0,066	0,00598	0,012	450
Kohle	kg	0,05	0,004	0,008	525
Flüssiggas zum Verheizen	kg	0,043	0	0	keine EU Mindeststeuer
Benzin bleifrei	l	0,482	0,359	0,359	34
Diesel	l	0,397	0,330	0,330	20
Heizöl	kg	0,06	0,015	0,015	300
Flüssiggas als Treibstoff	kg	0,261	0,125	0,125	109

* Mengeneinheit

Quelle: eigene Berechnungen

Österreich liegt bei allen Steuersätzen über den EU-Mindeststeuersätzen, bei der Elektrizitätsabgabe sogar um 1.400%. Österreich ist daher nicht in einen Niedrigsteuerwettbewerb bei Energiesteuersätzen getreten.

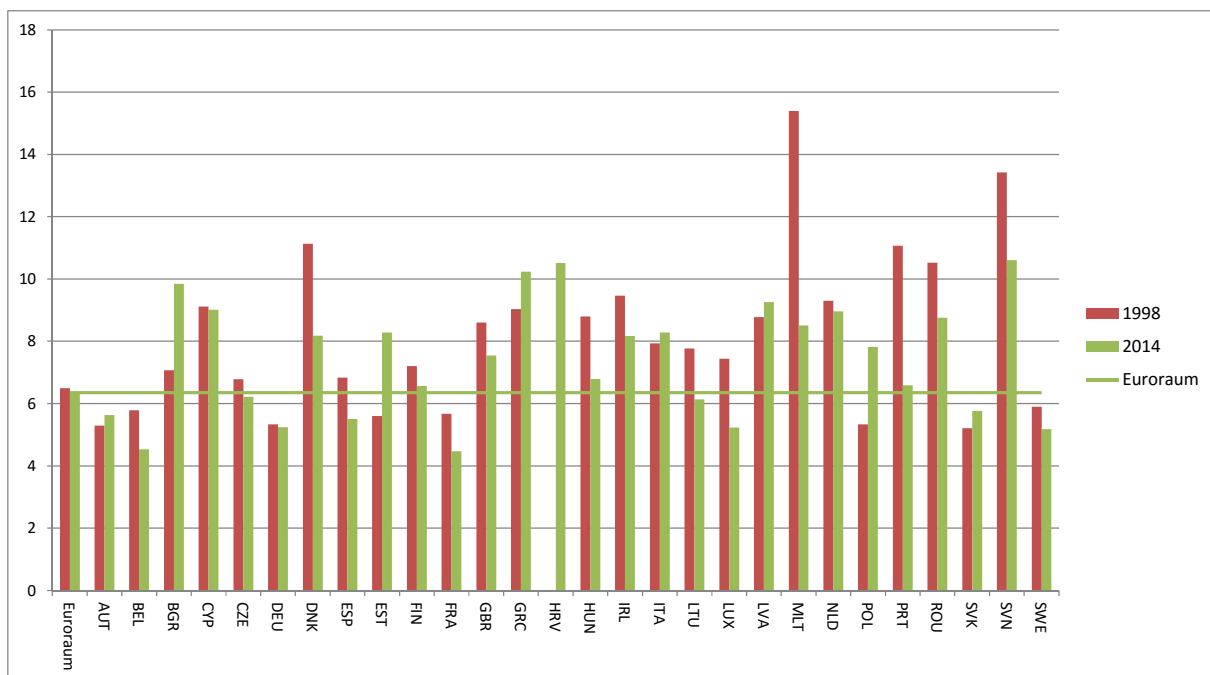
Bei der Diskussion über eine allfällige Anhebung der Mineralölsteuer ist zu bedenken, dass Österreich ein Binnenland ist, dem günstige Verkehrswege, wie das Meer, nicht zugänglich sind und daher standorttechnisch einen gewissen Nachteil hat. Weiters hat Österreich in den vergangenen Jahren stark vom Tanktourismus und vom Export von Diesel in Lkw-Tanks profitiert. Weil Österreich niedrigere Treibstoffpreise als seine Nachbarländer (v.a. Deutschland, Italien) hat, sind rund ein Drittel der gesamten Mineralölsteuer-Einnahmen auf den Tanktourismus zurückzuführen.

Bei Ökosteuererhöhungen sind negative Begleiteffekte für die Steuereinnahmen zu erwarten (Verschlechterung des Konsum- und Produktionsstandortes, Verteuerung der Transportkosten und Mobilität etc.). So hat eine 2016 vom Institut für Transportwirtschaft und Logis-

tik der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführte Studie (Kummer et al. (2016): Auswirkungen einer potentiellen Mineralölsteuererhöhung auf die österreichischen Staatseinnahmen und Wirtschaft) aufgezeigt, dass sich Mineralölsteuererhöhungen negativ auf den österreichischen Tanktourismus (und im Übrigen auch auf die Binnennachfrage) und daher auf die Mineralölsteuereinnahmen Österreichs auswirken. Dieser Effekt geht sogar so weit, dass ab einem gewissen Umfang der Mineralölsteuererhöhung das Steueraufkommen per saldo sogar sinken und somit zu einer erheblichen Mehrbelastung des Gesamtbudgets führen würde. Auch der Effekt der Verminderung der österreichischen CO₂-Emissionen durch einen Rückgang des Tanktourismus zeigt nur eine Seite der Medaille, denn ein solcher würde sich zwar positiv auf die österreichische CO₂-Bilanz auswirken, auf die gesamteuropäische CO₂-Bilanz bzw. auf das Weltklima hätte dies jedoch keine Auswirkungen.

Österreich konnte sein Kyoto-Ziel (2020 13% weniger CO₂-Emissionen als im Vergleichsjahr 1990) für die Kyoto-Periode 2008-2012 erreichen. Dies konnte allerdings nur durch Zukauf von zusätzlichen Emissionszertifikaten aus dem Ausland ermöglicht werden, wobei für die Gesamtperiode 71,3 Mio. Emissionszertifikate zugekauft wurden. Laut dem Bericht 2014 des BMLFUW über Österreichs JI/CDM-Programm belief sich der Preis pro Emissionsreduktionseinheit zuletzt auf rund 6 Euro. Auf Basis eines Preises von 6 Euro würden daher aktuell 71 Mio. Emissionszertifikate ein Gesamtbudget von 426 Mio. Euro konsumieren, was durch Mineralölsteuer-Einnahmen aus weniger als einem halben Jahr Tanktourismus (auf Basis von jährlichen Einnahmen aus der Mineralölsteuer von ca. 4 Mrd. Euro) gedeckt werden kann.

Abbildung 4: Anteil der Ökosteuereinnahmen an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben in % zwischen 1998 und 2014



Quelle: Eurostat

Abbildung 4 zeigt, dass Österreich zwar mit seinem Anteil der Umweltsteuern an den Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 1998 sowie 2014 knapp unter dem Euroraum-Durchschnitt lag, jedoch kann bei genauerer Betrachtung ein Nachholbedarf Österreichs nicht abgeleitet werden: Neben der bereits in Kapitel 4 aufgezeigten Spitzenpositionierung Österreichs im europäischen Energieintensitätsvergleich kann als Erklärung für den verhältnismäßig hohen

Umweltsteueranteil der mittel- und osteuropäischen Staaten ins Treffen geführt werden, dass sich die anderen Steuereinnahmen wie beispielsweise Ertragsteuern in diesen Ländern aufgrund von Flat-Tax-Regelungen, geringeren Sozialabgaben, Steuerbefreiungen und einer allgemein divergierenden Steuerkultur noch nicht entwickeln konnten. Die Kennzahl des Ökosteuerteils ist methodisch von der Höhe der übrigen erfassten Steuern und Abgaben abhängig. Nachdem Österreich bei diesen einen überdurchschnittlich hohen Wert aufweist, hat dies zur Folge, dass im internen Verhältnis der Ökosteuerteil sinkt. In der Konsequenz weisen ceteris paribus Länder mit einem geringen Ertragsteueranteil (zB flat tax) oder geringeren Sozialabgaben automatisch einen höheren Ökosteuerteil aus. So zeigt sich, dass bei Herausrechnen der Sozialabgaben aus der Ökosteuerrate der österreichische Abstand zum Euroraum-Durchschnitt deutlich sinkt.

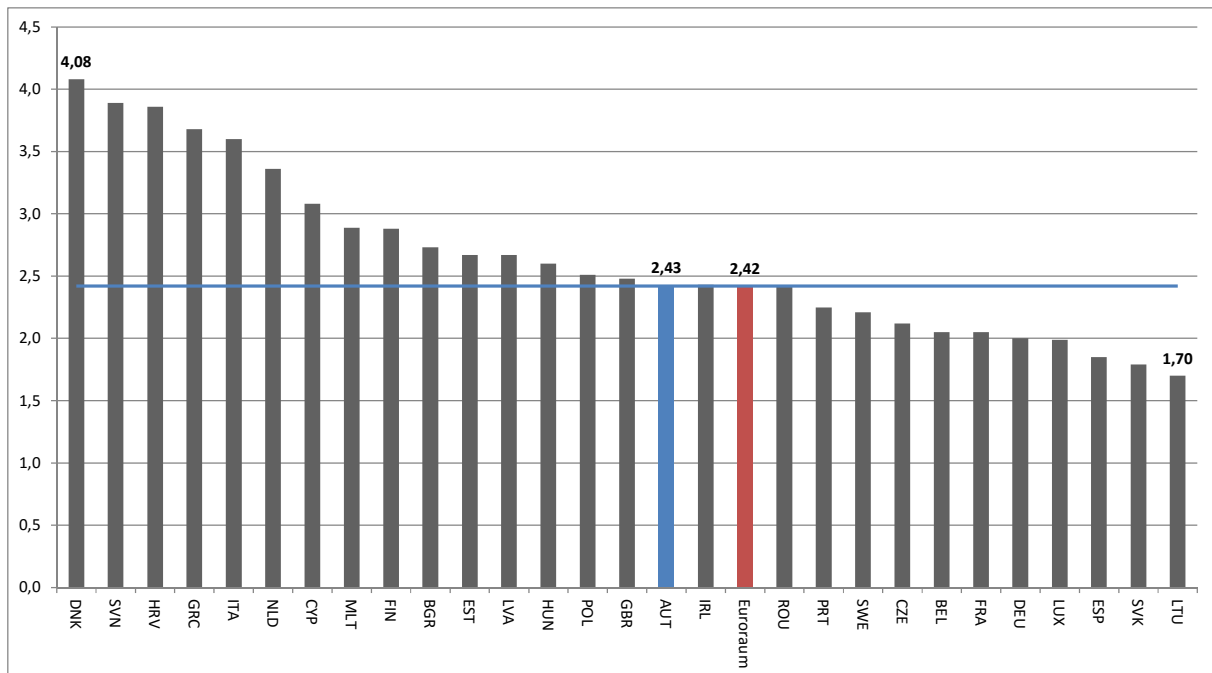
Außerdem hat die Mindeststeuerregelung der Energiesteuerrichtlinie (vgl. Tabelle 7) den Effekt, dass alle Länder mit in absoluten Zahlen geringerem Steueraufkommen automatisch höhere Ökosteuerteile haben, wenn sie sich eher an den Mindeststeuersätzen orientieren und nicht wie Österreich, relativ hohe Steuersätze im Vergleich zu den Mindeststeuersätzen festgesetzt haben. Dies betrifft besonders südeuropäische Länder wie z.B. Portugal und Griechenland, aber auch mittel- und osteuropäische Länder wie z.B. Polen und Bulgarien. Auch Länder wie Großbritannien und Irland, die eine niedrigere Abgabenquote als Österreich haben, weisen aus rein statistischen Effekten höhere Ökosteuerteile aus. Dies ist aus Abbildung 4 gut erkennbar. Insbesondere diese steuerstatistischen Daten müssen daher sorgfältig interpretiert und in den adäquaten Kontext gestellt werden.

Weiters darf die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur vergleichbarer Länder nicht vernachlässigt werden. Jene Länder der EU-15, die noch im Jahr 1998 höhere Anteile hatten als Österreich, wie Großbritannien, Irland, Frankreich und Griechenland, liegen nun in dessen Nähe. Länder wie Finnland, Spanien, Frankreich und Belgien hatten ihren Anteil im selben Zeitraum gegenüber Österreich, dessen Anteil an Ökosteuern gestiegen ist, gesenkt.

Vom Niveau der Abgabenquote alleine kann nicht beurteilt werden, ob diese im Sinne des umweltpolitischen Auftrages hoch oder niedrig ist. Bei der Betrachtung und dem Vergleich der Umweltsteuern eines Landes ist auf zusätzliche Faktoren, die über den absoluten Anteil der Umweltsteuern hinausgehen, Bedacht zu nehmen. Dieselbe Thematik führt sich auch bei der Höhe des Steuertarifes fort: So weisen Länder, die aufgrund geografischer Gegebenheiten keine harten Winter haben oder über große Energievorkommen verfügen, einen niedrigeren Energieverbrauch auf, weswegen diese höhere Steuersätze eher hinnehmen können.

Vergleicht man nun noch einmal die Niederlande mit Österreich, zeigt sich in Abbildung 5, dass Österreich zwar niedrigere Gesamtökosteuererinnahmen hat, jedoch die Niederlande eine höhere Energieintensität als Österreich haben (Abbildung 2).

Abbildung 5: Anteil der Umweltsteuern in % gemessen am BIP im Jahr 2014

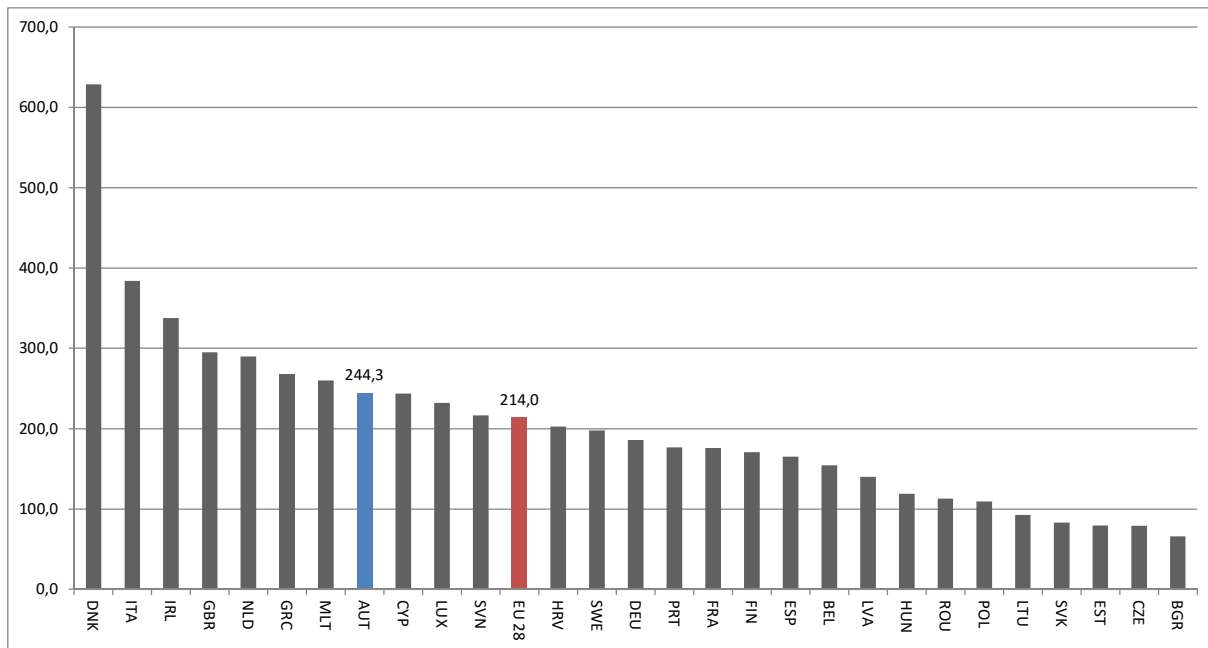


Quelle: Eurostat

Österreich liegt beim Anteil der Ökosteuern verglichen am BIP im durchschnittlichen Bereich der europäischen Mitgliedstaaten. Verglichen mit dem Wert des Euroraums liegt Österreich sogar knapp darüber. Weiters weist Österreich einen deutlich höheren Anteil als etwa Deutschland, Frankreich oder Schweden aus, welche starke Volkswirtschaften sind. Nimmt man die Ökosteuer-Statistik der OECD zur Hand (Anteil der Ökosteuern inklusive Entgelten und Gebühren relativ zum BIP), so zeigt sich, dass Österreich im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten sogar die sechsthöchste Steuerbelastung aufweist. Dieser Effekt ergibt sich dadurch, dass in der OECD-Definition der „environmentally related taxes“ auch andere ökologisch relevante Zahlungsströme wie zB Lkw-Maut und Vignette oder sonstige Gebühren enthalten sind, was wiederum den Schluss zulässt, dass die sonstigen ökologisch relevanten Zahlungsströme in Österreich besonders hoch sind. In der OECD-Statistik liegen hinter Österreich beispielsweise Länder wie Schweden, Niederlande, Frankreich, Deutschland oder Finnland.

Werden nun EU-weit die Daten der Ökobesteuerung pro verbrauchter Energieeinheit verglichen, so zeigt sich, dass sich Österreich im EU-Ranking sogar auf Platz 8 „verbessern“ kann. Aus diesem Effekt lässt sich die in Österreich bestehende hervorragende Energieeffizienz ablesen.

Abbildung 6: Ökosteuern in Mio. Euro pro Energieeinheit (Mio. Tonnen Rohöleinheit)



Quelle: eigene Darstellung auf Basis Eurostat-Werte

Es muss weiters erwähnt werden, dass Österreich mehr als drei Viertel seiner Primärenergieproduktion aus erneuerbaren Energiequellen generiert (insbesondere Wasserkraft und Biomasse). Gemessen an der Landesfläche stellt dies im EU-Vergleich mit Abstand den besten Wert dar. Sogar ohne Berücksichtigung der Landesfläche ist Österreich absolut gesehen der siebentgrößte Produzent erneuerbarer Energien im EU-Raum. Auch im Energieverbrauch nimmt Österreich eine Top-Platzierung im EU-Vergleich ein: Nur drei EU Staaten haben einen höheren Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoinlandsverbrauch.

Bei den CO₂-Emissionen liegt Österreich deutlich unter dem EU- und OECD-Durchschnitt. Im europäischen Vergleich hat Österreich die sechsniedrigsten CO₂-Emissionen (Datenvergleich aus 2013 auf Basis kg CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit, Quelle: IEA) - und dies, obwohl Österreich auf Atomenergieerzeugung verzichtet.

Im Ergebnis kann daher keineswegs von einem Aufholbedarf Österreichs bei der Ökosteuerung im europäischen Vergleich gesprochen werden. Im Gegenteil: Österreich hat im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten bereits Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung erfolgreich umgesetzt und besteuert verbrauchte Energieeinheiten vergleichsweise hoch.

6. Lenkungseffekte erhöhter Energie- und Transportsteuern

Die in der wirtschaftspolitischen Diskussion zum Ausbau des Ökosteuerregimes oftmals ins Spiel gebrachte „doppelte Dividende“ muss kritisch hinterfragt werden. Einerseits weisen Energie- und Transportsteuern, welche gemeinsam fast das gesamte Ökosteueraufkommen generieren, nur sehr geringe Lenkungseffekte auf, wodurch steuerliche Erhöhungen in diesen Bereichen primär zu Einnahmensteigerungen des Fiskus führen, jedoch den Energieträgereinsatz in der österreichischen Wirtschaft nur geringfügig ändern. Andererseits führt eine erhöhte Besteuerung von Energie- und Transportkosten auch bei einer gleichzeitigen aufkommensneutralen Reduktion der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit zu geringen, jedoch negativen volkswirtschaftlichen Effekten. Aus diesen Gründen ist eine erhöhte Besteuerung von Umwelt- und Energieabgaben sowohl ordnungspolitisch als auch volkswirtschaftlich kritisch zu beurteilen. Besteht der politische Wunsch, die Energieintensität in der österreichischen Wirtschaft zu reduzieren, sollten andere Schritte - insbesondere positive Anreize - gesetzt werden.

Der Lenkungseffekt im Zuge der „doppelten Dividende“ aufgrund erhöhter Besteuerung von Energie- und Transportsteuern kann als gering bis sehr gering eingestuft werden. Das Forschungsinstitut für internationale Besteuerung der Wirtschaftsuniversität Wien und das Industriewissenschaftliche Institut Wien kommen im Rahmen einer 2008 gemeinsam durchgeführten Studie (Zagler et al. (2008): Österreichs Ökosteuern und Ökoabgaben) zum Schluss, dass Energiesteuererhöhungen in sämtlichen heimischen Wirtschaftssektoren einen unelastischen Effekt auf den Einsatz von Energieträgern haben: Im Großteil der heimischen Sektoren würde es durch eine einprozentige Energiesteuererhöhung lediglich zu einer Reduktion der eingesetzten Energieträger von unter 0,4% kommen. Ähnliche - jedoch noch unelastischere - Effekte zeigen die Autoren für Transportsteuern: In diesem Fall würde kein einziger heimischer Wirtschaftssektor seinen Energieträgereinsatz um mehr als 0,27% einschränken. Laut den Studienergebnissen kann der Energieträgereinsatz und in weiterer Folge die Umweltbelastung aufgrund von Ökosteuererhöhungen somit nicht wesentlich reduziert werden.

Energie- und Transportsteuererhöhungen führen daher - bei keiner gleichzeitigen Reduktion anderer Steuern - primär zu staatlichen Mehreinnahmen und somit zu einer Erhöhung der sich ohnehin im internationalen Spitzenfeld befindlichen österreichischen Steuer- und Abgabenquote, wodurch der heimische Wirtschaftsstandort negativ beeinflusst wird. Die steuerlichen Mehreinnahmen aufgrund des Finanzierungseffekts (in Summe erhöhtes Steueraufkommen aufgrund des geringen Lenkungseffekts und gestiegener Abgabenlast auf Energieträger) könnten jedoch in einem solchen Fall verwendet werden, um z.B. den Faktor Arbeit zu entlasten (zweite Dividende der „doppelten Dividende“). Die entscheidende Frage dieser Politik ist jedoch, ob - wenn schon der Lenkungseffekt großteils ausbleibt - die negativen volkswirtschaftlichen Effekte von Energie- und Transportsteuererhöhungen durch die aufkommensneutrale Reduktion der Lohnkosten ausgeglichen werden können. Werden zudem Steuernehreinnahmen für die Finanzierung einer Reduktion von Lohnkosten verwendet, bleiben dem Fiskus keine Mittel, die für Anreizprogramme zur Verfügung gestellt werden könnten.

Laut Zagler et al. (2008) muss bei aufkommensneutralen Energiesteuererhöhungen (Erhöhung der Energiebesteuerung bei gleichzeitiger Steuersenkung des Faktors Arbeit) mit ten-

denziell negativen volkswirtschaftlichen Effekten gerechnet werden. Die Autoren analysieren - basierend auf einem Input-Output-Modell - u.a. die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer aufkommensneutralen Senkung der Lohnnebenkosten durch steuerliche Mehreinnahmen einer 10%-igen Steigerung aller Energie- und Transportsteuern. Gesamtwirtschaftlich würde dies zu höheren Preisen für Güter und Dienstleistungen (+0,011%) sowie zu einer niedrigeren Wertschöpfung (-0,0024%) führen, wodurch Löhne und Gehälter (-0,0032%) als auch die Beschäftigung (-0,0038%) sinken. Die Effekte sind gering, müssen jedoch als Tendenzen gesehen werden, welche sich bei einer stärkeren Umbasierung des österreichischen Steuersystems hin zu erhöhter Umweltbesteuerung bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit unter den gegebenen Umständen höchstwahrscheinlich verstärken.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch das oftmals kommunizierte Finanzierungspotenzial einer reinen Ökosteuererhöhung für eine Lohnnebenkostensenkung fraglich erscheint. Beispielsweise würde eine 10%-ige Erhöhung der Energie- und Transportsteuern einer budgetären Größenordnung von rund 800 Mio. Euro entsprechen, während eine 10%ige Ermäßigung der Lohnnebenkosten (Basis: tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber 2015, Statistik Austria) eine budgetäre Mehrbelastung von rund 2.300 Mio. Euro - also rund den 3-fachen Finanzierungsbetrag - ausmachen würde.

Literaturverzeichnis

- Aichinger, A. (2008): Umweltschutzausgaben in Österreich 2005, Statistische Nachrichten 2/2008, S. 165 - 172, Statistik Austria, Wien
- Aiginger, K. et al (2008): WIFO: Ziele und Optionen der Steuerreform, Kapitel 4.3 Ökologisierung des Steuersystems, S. 79 - 82 und Kapitel 4.6 Anpassungen bei Umsatz- und Verbrauchsteuern, S. 93 - 96, WIFO Oktober 2008
- Baud, S. (2007): Umweltökonomische Gesamtrechnung: Integrierte NAMEA 1999 - 2004, Statistische Nachrichten 10/2007, S. 926 - 931, Statistik Austria, Wien
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (2009): Herausforderungen in der Energiepolitik, Weißbuch der österreichischen Sozialpartner, Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Wien
- Bellen, A. van der et al (1998): anders steuern: Die ökosoziale Steuerreform der Grünen, eine Broschüre der Grünen Bildungswerkstatt, Wien
- Budgetdienst (2016): Umsetzung der Konsolidierungspakete und Offensivmaßnahmen ab 2011, Budgetdienst, Wien
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015): Österreichs JI/CDM-Programm 2014. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien
- Ebner, S. (2012): Ökologisierung des Verkehrs, Aktuelle Initiativen, Wirtschaftskammer Österreich, 17. Auflage
- Feess, E. (2007): Umweltökonomie und Umweltpolitik, Verlag Franz Vahlen GmbH, Badlangensalza, 3. Auflage
- Köppl, A. (2008): Warum Umweltsteuern? Aspekte einer Ökologisierung des Steuersystems; Ökosoziale Steuerreform - im Widerspruch der Interessen, Vortrag in der Arbeiterkammer Wien am 1. Oktober 2008
- Kronberger, R., Hofer, R. (2012): Österreichische Wirtschaftspolitik, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien
- Kummer, S., Dobrovnik, M., Geske, A. (2016): Auswirkungen einer potentiellen Mineralölsteuererhöhung auf die österreichischen Staatseinnahmen und Wirtschaft, Institut für Transportwirtschaft und Logistik der Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich
- OECD (2016): Revenue from environmentally related taxes in Austria, Datenmaterial aus OECD.Stat
- Petrovic, B. (2006): Öko - Steuern 1997 - 2005: Projektbericht, Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Wien
- Petrovic, B. (2007): Öko - Steuern 1995 - 2006: Projektbericht, Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Wien
- Petrovic, B. (2015): Öko - Steuern 1995 - 2014: Projektbericht, Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Wien

- Petrovic, B. (2008): Ökosteuern in Österreich 1995 - 2006: in Statistische Nachrichten 2/2008, S. 173 - 178, Statistik Austria, Wien
- Rossmann, B. (2008): Umdenken - Umsteuern - Umverteilen: Das Konzept der ökosozialen Steuerreform 2008, Grüner Klub im Parlament, Wien
- Rossmann, B. (2008): Umdenken - Umsteuern - Umverteilen: Der größte, ökologisch-soziale Umbau unseres Steuer- und Abgabensystems seit zwei Jahrzehnten, Grüner Klub im Parlament, Wien
- Strasser, M., Baud, S. (2015): Integrierte NAMEA 1995 - 2013: Projektbericht, Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Wien
- Umweltbundesamt (2016): Elfter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich, Umweltbundesamt, Wien
- Umweltbundesamt (2015): Klimaschutzbericht 2015, Umweltbundesamt, Wien
- Umweltbundesamt (2016): Klimaschutzbericht 2016, Umweltbundesamt, Wien
- Zagler, M., Luptacik, M., Lang, M., Mahlberg, B., Horvath, T. (2008): Österreichs Ökosteuern und Ökoabgaben, Forschungsinstitut für internationale Besteuerung der Wirtschaftsuniversität Wien und Industriewissenschaftliches Institut Wien, Wien, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DER ENERGIE- UND TRANSPORTSTEUERN IN DEN JAHREN 1995 - 2014	8
ABBILDUNG 2: ENERGIEINTENSITÄT DER WIRTSCHAFT IN DER EU 2014 (BRUTTOINLANDSVERBRAUCH AN ENERGIE GETEILT DURCH BIP)	13
ABBILDUNG 3: ENERGIEINTENSITÄT DER WIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH UND DEN NIEDERLANDEN (BRUTTOINLANDSVERBRAUCH AN ENERGIE GETEILT DURCH BIP).....	14
ABBILDUNG 4: ANTEIL DER ÖKOSTEUEREINNAHMEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN AUS STEUERN UND SOZIALABGABEN IN % ZWISCHEN 1998 UND 2014.....	17
ABBILDUNG 5: ANTEIL DER UMWELTSTEUERN IN % GEMESSEN AM BIP IM JAHR 2014.....	19
ABBILDUNG 6: ÖKOSTEUERN IN MIO. EURO PRO ENERGIEEINHEIT (MIO. TONNEN ROHÖLEINHEIT)	20

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: EINTEILUNG DER ÖKOSTEUERN	7
TABELLE 2: WESENTLICHE ÖKOSTEUERVERSCHÄRFUNGEN DER LETZTEN JAHRE.....	9
TABELLE 3: ENTWICKLUNG DER ÖKOSTEUERN IN DEN JAHREN 2005 - 2014	10
TABELLE 4: ENTWICKLUNG DER ENERGIESTEUERSÄTZE IN ÖSTERREICH	12
TABELLE 5: ANTEIL DER ÖKOSTEUERN IN DEN NIEDERLANDEN UND ÖSTERREICH IN % GEMESSEN AN DEN GESAMTSTEUEREINNAHMEN INKLUSIVE SOZIALABGABEN.....	14
TABELLE 6: ÖKOSTEUERN IN DEN NIEDERLANDEN UND ÖSTERREICH IN MIO. EURO PRO ENERGIEEINHEIT (MIO. TONNEN ROHÖLEINHEIT).....	15
TABELLE 7: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN EU-MINDESTSTEUERSÄTZEN UND DEN ÖSTERREICHISCHEN STEUERSÄTZEN IM JAHR 2016	16